frage vor einem Vierteljahr, nachdem sie bis dahin nur in einigen Zeitungen wachgehalten worden war, in Italien erneut aufgerollt wurde, und zwar diesmal mit einer Entschiedenheit, die bevorstehende gesetzliche Maßnahmen bereits ahnen ließ.

Mitte Juli veröffentlichte auf Veranlassung des Ministeriums für Volksbildung eine Gruppe faschistischer Universitätslehrer eine Erklärung, in der zehn Leitsätze für die künftige Behandlung der Rassenfrage durch den Faschismus bekanntgegeben wurden. In diesen programmatischen zehn Punkten wurde festgestellt, daß es eine italienische Rasse gibt, daß die italienische Rasse arisch ist, daß sich die Mittelmeervölker Europas von denen Asiens und Afrikas scharf unterscheiden, daß die Theorie von einer gemeinsamen Mittelmeerrasse deshalb abgelehnt werden müsse, und schließlich, daß die Juden nicht zur italienischen Rasse gehören.

Seit dieser Erklärung ist die Erörterung des Rassenproblems in Italien nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die italienischen Zeitungen erläuterten die Leitsätze, das Ausland griff sie auf und deutelte an ihnen herum, auch das Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano", hielt es für angebracht, die amtliche faschistische Stellungnahme anzugreifen, und Papst Pius XI. selbst verdammte sie als „eine Form wahren Abfalls von der Kirchenlehre". Die Presse Italiens sparte nicht mit Antworten. Sie erinnerte daran, daß es seit dem Mittelalter — vorher allerdings konnte auch einmal ein waschechter Jude als Anaklet II. Stellvertreter Christi auf Erden werden — gerade die Römische Kirche war, die scharfe antijüdische Gesetze und Gebote erließ, daß der Jesuitenorden nach 1500 den „Arierparagraphen" einführte, und daß die Päpste noch nach der allgemeinen europäischen Judenemanzipation um 1800 neue Ghettos einrichteten, die erst 1849 wieder aufgehoben wurden — Tatsachen also, die die Folgerichtigkeit und Unfehlbarkeit der gegenwärtigen Haltung des Papstes als zweifelhaft erscheinen lassen. In den heftigen Meinungsstreit griff schließlich Mussolini selbst ein, indem er in einer Rede an die Avanguardisten beruhigend und bestimmt erklärte: „Seid gewiß, und jeder möge es wissen, daß wir auch in der Rassenfrage recht behalten werden." Und er fügte hinzu: „Zu sagen, daß der Faschismus jemals irgend etwas nachahmt, ist absurd."

Was der Duce mit diesen Worten meinte, ergibt sich aus den soeben beschlossenen italienischen Rassegesetzen. Sie sind fürwahr keine Nachahmung, sondern original italienisch. Wer will, könnte sogar sagen, daß sie in einer Hinsicht noch über die deutsche Gesetzgebung hinausgehen. Denn so radikal wie Mussolini, der sämtliche nach 1919 zugewanderte Juden ohne weiteres des Landes verweist, ist Deutschland gar nicht gewesen; bei uns liegen die Dinge aber eben auch anders und sind wirtschaftliche Rücksichten zu nehmen, die bei der weitaus geringeren Zahl der Juden in Italien nicht in demselben Maße zu beachten sind. Anderseits kennt der Faschismus bislang nicht die Maßnahmen zum „Schutze des Blutes und der Ehre", die der deutschen Rassengesetzgebung recht eigentlich das Gepräge geben, — es sei denn, er will künftig die im Hinblick auf Abessinien gegebenen Gesetze auch auf die Juden angewendet wissen. Aber wie dem im einzelnen auch sei, Italien hat durch die jüngsten Beschlüsse seiner Regierung vor aller Welt deutlich dekundet, daß sich Faschismus und Nationalsozialismus auch in der Stellungnahme zur Judenfrage grundsätzlich nicht unterscheiden. Das wäre auch nicht denkbar. Denn Nationalsozialismus wie Faschismus sind Weltanschauungen und Staatssysteme, in deren Mittelpunkt die Sorge um das Wohl des eigenen Volkes steht; jede wahrhaft nationale und soziale Gesinnung aber muß sich notwendigerweise gegen die Fremdlinge richten, die nur Schmarotzer und Verderber im Volkskörper sind: gegen die Juden. Aus dieser gemeinsamen Ueberzeugung heraus hat nun auch Italien — wie es das halbamtliche „Giornale d'Italia" ausdrückt — einen „Anfang" in gesetzgeberischer Hinsicht gemacht. Und wir zweifeln nicht daran, daß die Verbundenheit zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke dadurch nur noch enger wird.

Die Prager Besprechungen gehen weiter

Kundt und Sebekowski bei Benesch - Runciman verhandelt mit beiden Parteien

Prag, 2. September.

Der tschecho-slowakische Staatspräsident Dr. Benesch empfing in den Mittagsstunden des Freitag den sudetendeutschen Abgeordneten Kundt und das Mitglied des Führungsrates der Sudetendeutschen Partei, Dr. Sebekowski.

Wie zu der Aussprache zwischen dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Dr. Benesch und den Abgeordneten Kundt und Dr. Sebekowski verlautet, legten die genannten Parteivertreter dem Staatspräsidenten den Standpunkt der Sudetendeutschen Partei auf Basis der Karlsbader Forderungen dar. Ueber den Termin einer neuerlichen Unterredung wurde nicht gesprochen.

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: Unter Teilnahme des Stellvertreters Konrad Henleins, Abgeordneten Frank, sowie von Hauptleitern, Kreisleitern und Landesvertretern fand Freitagnachmittag im Deutschen Haus in Prag eine Sitzung des parlamentarischen Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei und der Karpathendeutschen Partei statt. Der Bericht des Klubvorsitzenden, Abgeordneten Kundt, zur politischen Lage und über die bisher von der Parteiführung in den Verhandlungen eingehaltene politische Linie im Sinne der Verwirklichung der acht Karlsbader Forderungen Konrad Henleins wurde einmütig gebilligt. Insbesondere kam das volle Vertrauen der Klubsitzung zur Parteiführung und sudetendeutschen Parteidelegation zum Ausdruck.

Das Tschecho-Slowakische Pressebüro teilt mit: Der Ministerrat hielt am 2. September nachmittags seine reguläre Sitzung ab, in der der Vorsitzende der Regierung einen Bericht über die Verhandlungen des Komitees der Minister für politische Fragen und über die Gesamtlage erstattete. Auf dem Gebiet des internationalen Rechtes wurde beschlossen, daß die tschecho-slowakische Regierung, soweit es sie betrifft, nicht auf den Bulgarien durch den Friedensvertrag von Neuilly auferlegten militärischen Beschränkungen verharrt und daher einen den Staaten der Balkan-Entente analogen Standpunkt einnimmt.

Das Sekretariat der Mission Lord Runcimans hat am 2. September um 10,30 Uhr folgenden Bericht ausgegeben: „Der Präsident der Republik, Dr. Eduard Benesch, empfing um 17 Uhr Lord Runciman und teilte mit, daß er heute die Vertreter der Sudetendeutschen Partei empfing und mit ihnen von 10,30 Uhr bis 14,30 Uhr verhandelte. Die Verhandlungen wurden sodann verschoben und werden am Montag fortgesetzt werden.

Abordnung der Hultschiner bei Runciman

Eine Abordnung aus dem Hultschiner Ländchen stattete unter Führung des sudetendeutschen Abgeordneten Eichholz Lord Runciman einen Besuch ab, um ihm die unhaltbaren Verhältnisse in diesem Gebiet zu schildern. Die Unterlage über die Hultschiner Fragen wurde der Mission Lord Runciman in zwei Denkschriften überreicht.

Tschechische Schikanen gegen die sudetendeutsche Presse

„Die Zeit" in 14 Tagen siebenmal beschlagnahmt - Dreiviertel Million Kronen Schaden

Prag, 2. September.

Das sudetendeutsche Blatt „Die Zeit" nimmt zu der skandalösen tschechischen Zensurpraxis Stellung, über die das sudetendeutsche Blatt aus eigener Erfahrung besonders genau unterrichtet ist. Das Blatt schreibt u. a.:

„Die Zeit" ist gestern innerhalb von 14 Tagen zum siebenten Male beschlagnahmt worden. Da auch an den drei vorhergehenden Tagen Beschlagnahmen erfolgten, sind gerade in der jetzigen, spannungsreichen Zeit die Leser drei Tage ohne Zeitung geblieben. Kein Wunder daher, daß allenthalben die wildesten Gerüchte entstanden sind. Die ihrer Unterrichtung beraubte Bevölkerung muß selbstverständlich für derartige Gerüchte besonders empfänglich sein. Wir fragen: wünscht man diese Beunruhigung, welche Absicht verbirgt sich hinter diesem Wunsch? Wir stellen fest, daß wir persönlich uns genau an die verschärften Zensurweisungen gehalten haben. Wir haben über die täglichen Zwischenfälle entweder nicht berichtet oder an Stelle unserer eigenen wahren Berichte die amtlichen Berichte abgedruckt. Die letzten drei Beschlagnahmen betrafen überhaupt nur harmlose Nachrichten. Dieselbe Meldung, die Mittwoch bei uns beschlagnahmt worden ist, ist vorgestern unbeschlagnahmt in der „Bohemia", im „Prager Tagblatt" und in der „Neuen Morgenpost" erschienen. Dieselbe Meldung, die im heutigen Blatt beschlagnahmt wurde, erschien unbeanstandet in mährischen Provinzblättern."

„Daraus geht hervor, daß nicht der Inhalt der Meldung die Beschlagnahme verursacht, sondern eine Weisung, „Die Zeit" auf jeden Fall zu beschlagnahmen. Wir wissen, daß diese Weisung vorliegt, und sie auch besagt, daß die Beschlagnahme so erfolgen muß, daß die weißen Flecke hier in Prag bei den ausländischen Lesern nicht auffallen. Wir wissen ferner, daß eine derartige Weisung nicht von einem Staatsanwalt ausgeht, der ja nur durchführendes Organ ist, auch nicht von der Oberstaatsanwaltschaft, sondern von höheren Stellen."

„Wir glauben nicht, daß diese höheren Stellen — mögen sie nun im Präsidium des sozialdemokratischen Justizministerium oder anderswo zu suchen sein — lediglich den finanziellen Ruin unseres Blattes bezwecken. Es ist zwar richtig, daß uns im laufenden Jahr durch die Beschlagnahmen schon ein Schaden von ¾ Million Kronen entstanden ist, da der Schaden der letzten drei Tage 100 000 Kronen weit übersteigt."

Neuer schwerer Grenzzwischenfall am Aschberg

Dresden, 2. September.

Am Donnerstag gegen 17 Uhr ereignete sich auf dem direkt an der deutsch-tschechischen Grenze hinführenden Weg vom Aschberg zum sogenannten Eisenstein ein Vorfall, der fast aufs Haar der am 31. August gemeldeten Freveltat tschechischer Uniformierter an der Grenze bei Oelsen bei Gottleuba gleicht. Um die angegebene Zeit versah auf dem Grenzweg der Zollassistent Rudolph aus Mühlleiten den Streifendienst.

Plötzlich wurde aus dem Walde auf tschechischer Seite ein Schuß abgegeben. Die Kugel flog dicht an dem Beamten vorüber. Da der Weg durch Hochwald führt, konnte der Beamte nicht feststellen, wer geschossen hatte. Der Schuß war sowohl von anderen in der Nähe dienstuenden Beamten wie auch anderen Personen, die sich auf dem vielbegangenen Wanderweg von Sachsenberg—Georgenthal nach Mühlleiten befanden, gehört worden.

Kurz nachdem der Schuß gefallen war, wurden im Wald zwei tschechische Grenzbeamte beobachtet, die sich entfernten. Nach Lage der Dinge kann der Schuß nur von einem dieser Beamten abgegeben worden sein. Die Ermittlungen wurden sofort vom Leiter des Bezirkszollkommissariats Klingenthal an Ort und Stelle angestellt. Wie von diesem mitgeteilt wird, steht einwandfrei fest, daß von tschechischer Seite aus über die Grenze herübergeschossen worden ist.

Im Aschberggebiet war am Donnerstag ein lebhafter Streifendienst der tschechischen Grenzbeamten zu beobachten. Die Tatsache und der Umstand, daß die Kugel dicht an dem deutschen Beamten vorbeiflog, läßt keinen Zweifel daran, daß von den tschechischen Uniformierten absichtlich auf den deutschen Beamten geschossen worden ist.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt)

Jetzt liegt die Entscheidung allein in Prag

Falsche Vermutungen des Auslandes über die Zusammenkunft Henleins mit dem Führer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. September.

Für Sonntag wird eine außenpolitische Rede des französischen Außenministers Bonnet angekündigt, der an diesem Tage zusammen mit dem amerikanischen Botschafter Gast der Stadt Bordeaux ist. In Frankreich glaubt man dieser bevorstehenden Rede größte Bedeutung beimessen zu können. Aus verschiedenen Anzeichen kann man den Schluß ziehen, daß die französische Regierung aus der bisher geübten Reserve in der tschechischen Frage herauszutreten beabsichtigt. Das dürfte sich mit dem Wunsch Londons decken, sich nicht allein zu exponieren.

Im übrigen aber muß selbstverständlich daran festgehalten werden, daß weder Frankreich noch England Schiedsrichter sind, sondern daß es allein an Prag liegt, die sudetendeutschen Forderungen zu erfüllen. Dieser Gesichtspunkt ist bisher in den Kommentaren der englischen und französischen Presse über die Unterredung Heinleins mit dem Führer nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Lösung hängt nicht von deutschen Konzessionen ab, sondern von der Gewährung der völkischen Rechte durch Prag. Deshalb irrt sich die englische und französische Presse auch, wenn sie meint, es handele sich bei der Zusammenkunft Heinleins mit dem Führer um eine „geschichtliche Begebenheit", die eine „Entscheidung" bringe. Eine Rücksprache Konrad Heinleins mit dem Führer und Reichskanzler ist bei der Lage der Dinge eine ganz natürliche Sache. Die Entscheidung kann aber nicht in Berchtesgaden, sondern nur in Prag gefällt werden. Deshalb kommt es auf die Prager Regierung an, einen gerechten Ausgleich mit den Sudetendeutschen zu finden. Daß England und Frankreich einen sehr starken Einfluß ausüben können, ist bekannt. Wenn die Pariser und Londoner Zeitungen aber von einer auf dem Obersalzberg zu treffenden Lösung sprechen, so steht das nach einem Ausweichen vor der eigenen Entscheidung aus. Aufgabe Frankreichs und Englands ist es, der Prager Regierung das Verantwortungsbewußtsein einzuflößen, das die Lage erfordert, und allein Prags Aufgabe ist es, sich dann zu entscheiden.

Tschechischer Offizier hält Hetzreden

Prag, 2. September.

Wie von zuverlässiger Seite bekannt wird, wurde in Zwickau bei Böhmisch-Leipa in einer tschechisch-kommunistischen Versammlung in unerhört scharfer Weise gegen die Sudetendeutsche Partei und das Deutsche Reich gehetzt. Ganz übel tat sich dabei der Stabskapitän der Reserve Stanowsky hervor, der im Verlauf seiner Hetztiraden u. a. behauptete, die Sudetendeutsche Partei habe nichts anderes zum Ziele, als den Staat zu zertrümmern. Ferner plane Deutschland, die Tschecho-Slowakei zu überfallen. Die Linksparteien müßten diesen Absichten jedoch zuvorkommen.

Himmler spricht zu den Auslandsdeutschen

Stuttgart, 2. September.

Im Rahmen der 6. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP sprach in der Stuttgarter Gewerbehalle am Freitag der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler zu Tausenden auslandsdeutscher Männer und Frauen.

In einer fast zweistündigen Rede entwickelte er die Auffassung des Nationalsozialismus zu den Grundproblemen unseres völkischen Lebens. Ein Volk, das Ahnen hat, hat Kinder. Ebenso wie ein Baum verdorren muß, wenn man ihm die Wurzeln nimmt, geht ein Volk zugrunde, das nicht seine Vorfahren ehrt. Es gilt, die deutschen Menschen wieder hineinzustellen in den ewigen göttlichen Kreislauf von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, von Vergehen, Sein und Werden, von Ahnen, Lebenden und Enkeln. An Hand der in der SS bereits mit bestem Erfolg durchgeführten und erprobten Maßnahmen und den daraus gemachten Erfahrungen entwickelte der Reichsführer die Wege der Volkserziehung, die eingeschlagen werden müssen, um auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens Sauberkeit und Verantwortungsbewußtsein den deutschen Menschen als selbstverständlichen Lebensgrundsatz einzuflößen. Mit Stolz konnte er in diesem Zusammenhang die Feststellung treffen, daß schon jetzt dank der tatkräftigen Arbeit der nationalsozialistischen Staatsführung die Kriminalität in Deutschland niedriger ist als irgendwo sonst in der Welt.

Die polnischen Frontkämpfer bei Seldte

Berlin, 2. September.

Anläßlich des Besuches polnischer Frontkämpfer in Deutschland empfing Reichsarbeitsminister Seldte am Freitag die polnische Abordnung in seinem Ministerium. Er begrüßte die polnischen Frontsoldaten und wies besonders auf die kameradschaftliche Verbundenheit aller Frontsoldaten des Weltkrieges hin.

Neuer Ministerrat in Paris

Eigner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Paris, 2. September.

Die französische Regierung hielt am Freitagvormittag einen neuen Ministerrat ab, in dem in der Hauptsache die außenpolitischen Fragen besprochen wurden. Es war dies bereits der zweite Ministerrat in dieser Woche, was wohl vor allem damit zu erklären ist, daß er bereits zu Anfang der Woche, als die internationale Lage noch ziemlich pessimistisch beurteilt wurde, beschlossen worden war und anderseits der französische Staatspräsident Lebrun erneut für mehrere Wochen in die Ferien gegangen ist. Der jetzige Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten ist Schloß Rambouillet, das etwa 80 Kilometer südwestlich von Paris liegt.

Im Ministerrat am Freitag hat Ministerpräsident Daladier das Wort ergriffen, um über die allgemeine Lage Bericht zu erstatten und im Zusammenhang damit die militärische und wirtschaftliche Lage Frankreichs zu beleuchten. Man darf nicht vergessen, daß Daladier nicht nur Regierungschef, sondern auch Minister der nationalen Verteidigung ist.

Außenminister Bonnet ergänzte den Bericht des Ministerpräsidenten, indem er den Ministerrat über die diplomatischen Verhandlungen der letzten Tage und über die Aussichten einer friedlichen Regelung der tschechischen Frage auf dem laufenden hielt.

In Paris hat sich am Freitag der Eindruck der Entspannung wesentlich verstärkt. Die Hauptaufmerksamkeit war auf die Unterredung in Berchtesgaden gerichtet.

Verheerende Folgen des Hochwassers

Breslau, 2. September.

Unter den Ortschaften an der Neiße ist die Stadt Wartha mit am schwersten vom Hochwasser betroffen worden. Die Neißebrücke, die über die Reichsstraße Breslau—Glatz führt, ist unbefahrbar geworden. Gegen Mitternacht wurde die Lichtversorgung der Stadt unterbrochen, da das Elektrizitäts- und das Gaswerk vom Hochwasser durchflutet werden.

Verheerend sind die Auswirkungen im Landkreis Schweidnitz. Die Ebene zwischen Würben, Pilzen und Reichenbach bildet einen einzigen großen See. In Gutschdorf mußten spät abends in der Zuckerfabrik von Feuerwehr und Einwohnern 10 000 Sack Zucker umgelagert werden, um sie vor dem eindringenden Wasser zu schützen. Besonders schlimm scheint die Katastrophe im weiteren Verlauf der Glatzer Neiße unterhalb der Grafschaft sich auszuwirken. Jegliche Telephonverbindung mit Ottmachau ist unterbrochen. Auch mit Neiße sind keinerlei telephonische Verbindungen zu erhalten. Das dortige Staubecken ist nicht in der Lage, die riesigen Wassermassen aufzufangen. Da auch vom Oberlauf der Oder steigendes Hochwasser gemeldet wird, wird sich das Hochwasser auf der Oder noch schlimmer auswirken als in der vergangenen Woche.

Generaladmiral Raeder spricht in Stuttgart. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, der am Sonnabendabend in einer Kundgebung in der Stuttgarter Stadthalle sprechen wird, traf am Freitag gegen 18 Uhr auf dem Flughafen Stuttgart-Böblingen ein.